

Schuhdorff.
Gitarrenverträge).
rein.
Vorbereitung.
Arbeits- und Ge-
stritt.
Werkstatt
1.
1313 50 Rp. in R.
b. 3. 6. 3. 650
tere ausgem. 550-600
alte 450-500
300-400
650
500
400-450
300-350
650
625
550
450-500
250-300
alter von 3
750
600
400-500
650
600
(Wertschäfte) 350-450
1550
1600
1400
1200-1300
1200-1400
1500-1600
600-700
Schafe mittel,
zweidimensionale Spulen, wie
Wandmalerei, Bilderrahmen, Uml-
w. enthalten.)

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Zeitung für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlich, Bernsdorf, Rüsdorf, St. Egidien, Heinrichsort, Marienau, den Müllengrund, Rübschnappel und Tirscheim.

Erscheint täglich außer Sonn- und Festtagen, nachmittags. — Bezugspreis: 4,75 M. monatlich frei ins Haus, durch die Post bei Abholung 14,25 M. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, örtliche Postanstalten, Briefträger und andere Zeitungs-träger entgegen. — Einzelnummer 25 Pf.



Anzeigenpreis: Die dreiecksgespaltenen Grundzeile wird mit 75 Pf., für auswärtige Besteller mit 85 Pf. berechnet. Im Reklame- und amtlichen Teile kostet die dreiecksgespaltenen Zeile 1,75, für auswärtige 2,00 M. Schluss der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprecher Nr. 7. Drahtanschrift: "Tageblatt". Postfachkontakt Leipzig 86 697.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg, sowie aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

Buch u. Verlag von Otto Nagel & Wilhelm Pester in Lichtenstein-Callnberg. Inhaber Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blatts.

Nr. 198

Mittwoch, den 24. August 1921

71. Jahrgang

Kunden-Anmeldung

für den Bezug von amerikanischem Weizenmehl.
Die neuen gelben Marken für den Bezug von amerikanischem Weizenmehl sind bis spätestens zum 31. August 1921 bei einem Kleinhändler oder Konsumverein zur Abmeldung und Eintragung in die Kundenliste vorzulegen. Bekanntete Anmeldung hat den Verlust des Anspruchs auf den Weizbezug zur Folge.

Händler und Konsumvereine stellen genaue Kundenlisten auf und haben die Mehlmarken (am oberen Ende) sowie die abzugrenzenden Anmeldungsabschnitte mit ihrem Firmenausdruck zu versehen.

Die Händler haben die Anmeldungsabschnitte bis zum 3. September 1921 bei ihren Bezugsvereinigungen abzugeben. Von diesen sind sie fortlaufend zu je 100 Stück gebündelt bis spätestens zum 8. September 1921 hier vorzulegen.

Sämtliche Konsumvereine haben bis zum gleichen Tage ihre Anmeldungsabschnitte in derselben Weise hier einzureichen.

— 300 Pf. —

Begleitschein Glauchau, am 23. August 1921.

Kurze wichtige Nachrichten.

Der Reichstag soll, da die Entscheidung über Oberschlesien noch aussteht und die Steuergesetz noch nicht fertig sind, erst zum 27. September einberufen werden.

Die deutsche Schiffbaudtätigkeit war bisher in diesem Jahre recht lebhaft. Für Hamburger Reedereien wurden in den ersten Monaten 1921 24 neue Dampfer mit 142.000 Tonnen Tragfähigkeit in Dienst gestellt, davon der Hauptteil für die Firma Stürzen. Auch Stettin und Bremen haben ihre Flotte erheblich vergrößert.

Die Hamburger Krise wird demnächst auch den Reichstag bestimmen. Bei dieser Gelegenheit wird die Regierung eine Stellung zu dieser Krise nehmern und aus einem eventuellen Anschluß der Insel an Hamburg besprechen. Die preußische Regierung hat sich mit einer eventuellen Abtretung Helsingörs noch nicht beschäftigt.

Wie eine Nachrichtenstelle mitteilt, wird gegenwärtig die Schließung sämtlicher Sportlokale usw. in Preußen vorbereitet.

Der frühere Dampfer „Erna Woermann“, 5528 Bruttotonnen, ist von der Woermann-Linie von der Entente zurückgekauft und wieder im Hamburger Hafen eingetroffen.

Laut offiziellen Berichten ist die ungarische Gendarmerie unter dem Jubel der Bevölkerung in fünfzehn eingerückt. Wie aus Italien gemeldet wird, ist mit einem neuen Ausbruch des Stromboli zu rechnen, die Kräfte befinden sich bereits in lebhafter Tätigkeit und die lava dringt schon in die bewohnten Dörfer.

Roman Alexander von Serbien hat in einer Proklamation an die Bevölkerung seine Thronbesteigung bekanntgegeben.

„Star“ meldet, daß in dieser Woche in England die ersten Verträge mit einem Interkraft in die Luft steigenden Flugzeuge gemacht werden sollen. Der Bau dieses Flugzeuges, das eine Umwandlung auf dem Gebiet des Automobils bedeuten soll, wurde mit großer Gemeinschaft vorgenommen.

Nach einer Meldung aus Rotterdam sind die Delegierten Brüssels aus London wieder. Die Befreiungen stehen vor dem Abbruch. Die Admiralität hat die Flotte Islands angefordert, falls sich neue Unruhen in Island bemerkbar machen.

Bei einem Aufstand in Indien ist es in blutigem Zustand zwischen beiden Hindoozonen und Gundern zustande gekommen.

Das tschechische Informationsbüro in Paris übermittelte den Plänen ein Telegramm, wonach den letzten zw. Klein- und einsetzenden Verträgen wird die tschechische Flotte von den Türken zum Sieben gebracht sein soll. Die Griechen hätten eine Sklaverei erlassen.

Das Kaiserreich meldet: Eine Schützlingsarmee von 5000 Polen habe die ukrainische Grenze bei Lwow überbrückt. Die Ukrainer überstiegen die ukrainische Bevölkerung und sozial rauschend und plaudernd von Haus zu Haus. Zwischen der einheimischen Bevölkerung und den Ukraineren standen blutige Kämpfe statt.

Was geht vor?

In den letzten Tagen sind Andeutungen durch die Presse gegangen, daß in Paris beschlossen worden sei, die wirtschaftlichen Sanktionen am 15. September aufzuheben unter der Bedingung, daß der französischen Regierung eine Mitwirkung oder eine Art von Aufsichtsrat bei der Bewilligung von Ein- und Ausfuhrbeziehungen im besetzten Gebiet vorbehalten bleibe. In einem gewissen Zusammenhang damit wurde angekündigt, daß die Verhandlungen zwischen unserem Minister Rathenau und dem französischen Minister Douceur nicht nur befriedigende Fortschritte machten, sondern unmittelbar vor dem Abschluß standen. Man mußte daraus den Eindruck gewinnen, daß erstens die gesamte Entente hinter jener französischen Forderung über die Kontrolle des deutschen Ausfuhrhandels stände und daß zweitens ein günstiges

Nitti über Oberschlesien.

Der frühere italienische Ministerpräsident Nitti, der auch einmal wieder die Regierung seines Landes übernehmen kann, veröffentlichte in einer österreichischen Zeitung Poese und in den Blättern der United Press einen Artikel, der ungeschminkte Wahrsheiten über Oberschlesien und das Verhalten der Al- lierten sagt. Nitti sagt u. a.:

In allen Siegreichen Ländern hat der Geist der Gewalt nach dem Kriege den Rechtsgedanken erlegt, und bei der Lösung der großen Probleme wählt man nicht jene Linie, die den Frieden am dauerhaftesten gestalten könnte, sondern diejenige, die die Rechte der Sieger am besten sicherte. Alle Siegerstaaten haben die Gebiete annexiert, die sie in vergangenen Zeiten verloren, die sie zu ihrer Vertheidigung nötig oder einfach für nützlich hielten.

Die Volksabstimmung ist die Formel des Rechts lediglich für den geworden, der den Krieg nicht gewinnt. Sie ist besonders in Bezug auf Oberschlesien zum Schaden Deutschlands angewandt worden. Die Abstimmung wurde mit Hilfe der Besatzungsstruppen der Siegerstaaten und daher nicht unter günstigen Bedingungen für die Besiegten vorgenommen. Die Polen erfreuen sich, wie Lloyd George anerkennen mußte, jeglicher Unterstützung und durften ungestrickt alle Gewalttätigkeiten verüben; sie konnten jede Ausbreitung mit Unterstützung eines Teiles der alliierten Truppen begehen. Es ist für niemand mehr ein Geheimnis, daß die polnischen Kreise offen brüderlich wurden und daß die deutschfeindliche Propaganda in jeder Weise aufgestachelt wurde. Nachdem die Abstimmungsergebnisse trocken für Deutschland günstig ausfielen, schien und scheint keine andere Lösgung möglich, als wie sie die Stimmenmehrheit vor sieht. Statt dessen wurden die Polen, wie alle wissen, aufgemuntert, sich nicht an die Abstimmung zu lehnen. Eine erbärmliche Diskussion führte ein; es handelt sich nicht darum, das Abstimmungsergebnis anzuerufen, sondern es teilweise auszunutzen oder Oberschlesien zu zerstören. Man hat nur ein einziges Ziel im Auge, und das ist die Auflösung des Deutschen Reiches.

Oberschlesien hat abgestimmt, aber die Ententestaaten zeigen keinerlei Eile, sich zu entscheiden: die Gesichtspunkte Frankreichs und Englands sind verschieden. Inzwischen wählt die Unordnung Polen, zur Widerentspannung ausgeheizt, sieht alle seine Quellen versiegeln, alle seine Kräfte versetzen. Es gibt in Europa kein verarmtes Land als Polen. Man läuft viel, man arbeitet wenig. Man will die Minen von Oberschlesien, aber nicht die eigenen Petroleumbeden kultivieren. Die Fabriken brauchen eine nach der anderen zusammen. Das Papiergeld hat fast keinen Wert mehr, und die Lebensbedingungen werden verschärft. Polen hat schon viele Landstriche annexiert, wo die Polen in Minorität sind, aber schon leicht es wieder nach andern. Es nährt Großmachtsträume, es nährt imperialistische Träume in Hinblick auf die Ukraine.

Der Streit um Oberschlesien hat gezeigt, daß nicht Rechtsstämme die Entente verbinden, sondern lediglich gemeinsamer Krieg und gegenwärtige und zukünftige Interessen. Friede, Demokratie, Gerechtigkeit, das sind Werte, denen man sich noch aus alter Kriegsgewohnheit herbedient; aber dabei handelt es sich nur um ein mechanisches Ableiten, denn niemand mehr Wichtigkeit beimittelt.

Hoffentlich werden die nächsten Nittis über die Vergewaltigung Deutschlands und Oberschlesiens bald Gemeinschaft in Italien. Wenn sie dann auch vor dem Völkerbunde die rechte Vertretung gegen die hinterhältigen französischen Va-

lentfunde finden, müßten sie doch Gehör finden und uns wäre geholfen. Wenn freilich die Haltung der italienischen Regierungsträger so zweideutig bleibt wie jetzt, ist die Hoffnung auf gerechte Wiedergutmachung der deutschen Ansprüche auf ein ungeteiltes Oberschlesien vergeblich.

Polnische Uneinigkeit?

Berlin, 23. August. Der polnischen Front in Oberschlesien droht eine Spaltung, die die Franzosen mit großem Eifer zu verhindern bestrebt sind. Der General Romaszewski mit den unter Waffen stehenden Insurgenten, den Stoßtrupps und den polnischen Offizieren will sofort mit einem neuen Putsch beginnen. Kołtanow mit seinen Soldaten will die Entscheidung des Völkerbundes abwarten, und eine dritte kleine Gruppe, die polnischen Grubenarbeiter, wollen einen Ausgleich mit Deutschland.

Inzwischen herrscht der polnische Terror ungehemmt weiter. Im polnischen Nachbereich bedarf es zum Verlassen eines Ortes eines polnischen Ausweises, der den Deutschen und verdächtigen Polen nicht erteilt wird. Die Franzosen erkennen diesen Ausweis als rechtsgültig an. Deutsche und Polen, die eine friedliche Verständigung mit Deutschland wünschen, erhalten Drohbriefe, sie würden vertrieben werden, wenn sie nicht ihr landesvertretendes Beginnen einstellen. In Warsaw aber wird demnächst der Generaloberst Haller zum Maréchal von Polen ernannt werden.

Die Verstärkungen für Oberschlesien.

Berlin, 23. August. Vom 25. August ab werden von Mainz aus die Verstärkungsstruppen für Oberschlesien durch Deutschland transportiert, und zwar sind auf Erischen der Entente Vorbereitungen getroffen worden für den Transport von zwei Bataillonen Engländer für welche 4 Jüge bereitgestellt sind, und 1 Brigade Franzosen, die in 16 Zügen nach Oberschlesien gebracht werden soll.

Quinones de Leon lehnt ab.

Paris, 23. August. Wie die Agence Havas aus Madrid meldet, hat Botchafter Quinones de Leon das Angebot des Grafen Ishi, das Amt eines Berichterstatters in der oberschlesischen Frage zu übernehmen, abgelehnt. An die Berufung des Botchafers Quinones de Leon zum Berichterstatter über die oberschlesische Frage hatten sich mancherlei Erörterungen getan, namentlich als der Botchafter sich vor einigen Tagen nach Madrid begab. An diese Reise war u. a. die Vermutung geknüpft worden, daß Leon einen französischen Vorschlag zu überbringen habe, der auf ein Zusammensetzen Frankreichs mit Spanien in Marocco abzielt. Das machte den Einbruck erwecken, als wollte Paris die Madrider Regierung durch das Angebot seiner Hilfe bei den marokkanischen Schwierigkeiten auf seinen Standpunkt festlegen. Von französischer Seite ist diese Ansicht natürlich bestritten worden. Ein Telegramm der Nachricht, daß Frankreich Spanien in Marocco unterstützen wolle, ist dagegen bisher nicht erfolgt. Es ist also wohl möglich, daß etwas derartiges im Gange ist, und daß man in Madrid, wo man die französische Hilfe für nötig erachtet und sie sich sichern will, es für ratsam hält, dem Pariser Botchafter die heile Rolle eines Berichterstatters in einer Frankreich so interessierenden Frage wie Oberschlesien zu erspielen. — Der „Intelligenter“ glaubt, mittelen zu können, daß an Stelle von Leon der belgische Delegierte Hymans gebeten werden wird, die Berichterstattung zu übernehmen. Es verlautet, daß diese Meldung

Ablommen über den Wiederaufbau Nordfrankreichs unter Beteiligung unserer Industrie in ursächlichem Zusammenhang mit der — für Frankreich — befriedigenden Regelung der Ein- und Ausfuhr steht.

Nun gehen uns Mitteilungen zu, die das doch in etwas anderem Licht erscheinen lassen. Man gewinnt den Eindruck, daß keineswegs die Entente, in ihrer Gesamtheit hinter jener Forderung über die Beaufsichtigung unserer Ein- und Ausfuhr an der Westgrenze steht, sondern daß das eine ausschließlich französische Forderung sei. Es verlautet sogar, die Franzosen hätten von vornherein erklärt, daß sie eine solche Mitwirkung, d. h. also Kontrolle, bei der Regelung des Handelsverkehrs an der Westgrenze zur Be-

dingung für die Aufhebung der wirtschaftlichen Sanktionen mache, und daß ohne ein Nachgeben der deutschen Regierung an eine Aufhebung der Sanktionen nicht zu denken sei. Diesem Ansinnen sollen sich die deutschen Unterhändler nach kurzem Streiten gefügt haben. Es handelt sich aber wahlgemert um eine ausdrücklich französische Forderung, die weder von England noch von Italien ergibt wie unterstellt wird. Es scheint sogar, als ob die englische Regierung in nicht mißverstehender Weise ihre Aussage darüber durch die Entsendung eines besonderen Vertreters zu Verhandlungen mit dem deutschen Regierungskommissar für das bezeichnete Gebiet über die Aufhebung der Sanktionen unter Ausschaltung der Rheinlandskommission Ausdruck gegeben hat, um

elches, neues
se-Zimmer
Credenz, Auszug-
geschnitten Leber-
e) gut gearbeitet
a. nur 300.
Dessizit,
Höllbergerstraße 5.

Ziemlich
Schreibstoff
Satz, preiswert
n. Bleichgasse 2.

Jahreszeitung
Silber- u.
darge-
Geschenke

Konzertina-
en und für
g.

Frau
a Müller
Bauer
Liebold
Bauer.
ust 1921.

SLUB
Wir führen Wissen.

der sie als problematisch, der zu sehr vertraut. Allein er erregten in der Presse der Entente den Verdacht der Kriegsverbrecher.

Korddeutschen Alliierten nach der Enttäuschung geliefert, daß gerissene Dokumente auf des Friede". Eine Vorberichtsbericht gänzlich aus, ja

angekommen; es sind meistens Norddeutsche und Thüringer, darunter 2 Schwerverletzte. Nach halbständigem Aufenthalt traten die entlassenen Kriegsgefangenen die Weiterreise nach dem unbefestigten Gebiet an. In Avignon sind jetzt noch 67 deutsche Kriegsgefangene, ferner eine Anzahl Deutscher, Bulgaren und Türken, im ganzen 80 Mann.

Belgien verlangt Auslieferung?

Der „Sott“ meldet: Das belgische Kabinett hat sich entschlossen, die Prozeß gegen die beschuldigten Deutschen nicht mehr vor dem Leipziger Gericht, sondern vor dem belgischen Kassationsgerichtshof zu führen. Der Justizminister ist mit den Vorbereitungen und mit den Verhandlungen mit den Alliierten beauftragt worden. Zunächst soll der Prozeß gegen den deutschen Polizeidirektor Rumpke, der Angehöriger der deutschen Feldpolizei in Charleroi war, zur Aburteilung in Belgien kommen. — Was bedeutet unsere Regierung gegen eine solche Forderung zu tun?

Folksentscheid über die Handelsflagge.

Wie ich höre, wird die Deutsche Volkspartei des Reichstags nach dem Zusammentritt des Reichstages einen Volksentscheid über die Frage beantragen, ob die alte Schwarzweiss-Flagge oder die neu vom Reichstage beschlossene Flagge als Handelsflagge geführt werden soll. Vielleicht wird man die Frage noch erweitern und auch entscheiden lassen, ob überhaupt nicht die alte Reichsflagge wieder eingeführt werden soll.

Aus Rußland fast alle Gefangenen zurück.

Die Zentralstelle für Kriegs- und Zivilgefangene wird, wenn die Heimkehrertransporte einen glatten Verlauf nehmen, Ende d. Js. ihre Tätigkeit einstellen können. Die Zahl der noch in Rußland befindlichen reichsdeutschen Kriegs- und Zivilgefangenen ist nur mehr sehr gering. Allwöchentlich trifft ein Heimkehrertransport von 1000 Personen und aller drei Wochen ein solcher von 2000 Personen in Deutschland ein. Doch befinden sich unter diesen Heimkehrern fast nur noch Angehörige der Nachfolgestaaten der früheren österreichisch-ungarischen Monarchie. Lediglich in Odessa leben noch ungefähr 1000 Reichsdeutsche.

Die neue Zusammenkunft Rathaus mit Loucheur.

Die bevorstehende Zusammenkunft Loucheurs und Rathaus in Wiesbaden wird in der Presse verschieden besprochen. Über den Gegenstand der Aussprache erfährt man, daß es sich hauptsächlich um die Zollfragen handelt, da bekanntlich, nach dem Wunsch des Obersten Rates, vom 15. September an die wirtschaftlichen Sanktionen und damit die Rheinzollgrenze wegfallen. Man will sich über die Form einigen, unter der der deutsch-Import vor allem an Textilfabrikaten, vor sich gehen soll. Nach dem „Deuvre“ würden zur gleichen Zeit auch in Berlin Verhandlungen stattfinden. Besonders eindringlich fordert der Abgeordnete Jean Fabre im „Intransigeant“ Deutschland auf, die Bedingungen für ein deutsch-französisches Zusammenarbeiten auszuarbeiten. Sollte wirklich eines Tages der Fall eintreten, daß die Entente auseinander geht: wird es dann noch einen Friedensvertrag geben? Nein!

Ausland.

Der heimatlose Kaiser.

Wien. Bekanntlich hat sich Spanien geweigert, dem früheren Kaiser Karl in Spanien Aufenthalt zu gewähren. Nun wird bekannt, daß auch Dänemark und Schweden auf diesbezügliche Anfragen erläutert haben, sie könnten dem Kaiser kein Asyl geben. Nur Italien wäre nach wie vor bereit gewesen, dem früheren Kaiser die Aufenthaltsbewilligung zu geben. Dagegen erheben aber nicht nur Frankreich, sondern auch andere Staaten der Entente feststeht Widerstand und verzögern ihre Zustimmung. Die schweizerische Regierung muß daher die Aufenthaltsbewilligung für Kaiser Karl bis zu jenem Termin verlängern, da einer der Staaten dem Kaiser das Asylrecht geben wird.

Koloniale Pflichten.

Von besonderer Seite geht dem Deutschen Zeitungsdienst folgender Brief aus:

Ein großer Teil des deutschen Volkes, voran die Regierung und der Reichstag, scheint gänzlich vergessen zu haben, daß es deutsche Kolonien gegeben hat. Mit der Annahme des Verfaßters Joches glaubte man, die koloniale Sache sei endgültig erledigt. Das Kolonialministerium ist aufgelöst. Mit dem Entschädigungsgesetz scheint schon ein lebhaftes getan zu sein. Ein Teil der nationalen Presse bemüht sich allerdings, dem Volk das Verlorene wieder in Erinnerung zu bringen, aber sie hat nicht verhindern können, daß zwei Jahre nach Versailles das deutsche Volk als folglich mit dem Verlust der wertvollen Kolonien abgesunken ist. Damit ist der Zustand erreicht, der England erfreubenswert erschien und der eines Tages ihm auch die moralische Berechtigung zu seinem Raube geben wird, wenn diesem Zustand nicht ein Ende gemacht wird.

Von Deutschlands unweifelhaftem Recht auf die Kolonien ist wohl auch diese Regierung überzeugt; ganz sicher ist das allerdings auch nicht, aber deutsche Rechte stehen schlecht im Kurs bei dieser Regierung, die sich mit Stolz die Regierung der Erfüllung nennt. Man muß sie stärken und beschwören, und sie daran erinnern, daß Deutschland nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten hat gegen seine Kolonien. Wir haben heilige Pflichten gegen die in den Schutzbereichen verbliebenen Deutschen, die einen schweren Kampf zu kämpfen haben, den sie nicht bestehen werden ohne Unterstützung des Reiches. Das südafrikanische Parlament hat jüngst beraten, ob die Deutschen in Südwelt gewünscht werden sollen, Unionbürgen zu werden. Nur sehr wenig Stimmen erhoben sich mit Herzog gegen diese Vergewaltigung, die sicher kommen wird und der sich nicht alle entgegenstemmen werden. Die Zahl derer, die unterlegen werden, wird nicht gering sein angehängt der Behandlung, die den ausgewiesenen Kolonialdeutschen bei uns zuteil geworden ist. Südwest steht in hartem Ringen um seine deutsche Schule. Die wirtschaftliche Not der Deutschen wird auch diesen Kampf zu ihren Ungunsten enden lassen.

Wir haben auch eine große Verpflichtung gegen die Eingeborenen aller deutschen Kolonien. Mit der Hissung der deutschen Flagge hat das Deutsche Reich den Schutz der Schwarzen übernommen, und dieser Pflicht sind wir nicht

etwas dadurch ledig geworden, daß uns ein übermächtiger Feind zwang, die Flagge niederzuholen. Der Eingeborene hofft noch immer auf den Deutschen, den er, wenn nicht lieben, so doch bestimmt achten gelernt hat. Seine Not ist groß. Hat das deutsche Volk vergessen, daß Zehntausende von Afrikanern freiwillig zu ihm standen und ihre Treue mit dem Feinde besiegt? Hört es nicht die röhrenden Klagen der Eingeborenen von Deutschost, Kamerun, Togo und Samoa, oder glaubt es wirklich selbst daran, daß es ihnen jetzt besser als unter deutscher Herrschaft geht?

Krisis in der Gehälterfrage.

Berlin, 23. August. Bei den Verhandlungen im Reichsfinanzministerium über die Forderungen der Beamten und Staatsbediensteten erklärte Reichsanziger Dr. Wirth, der in seiner Eigenschaft als Reichsfinanzminister an den Befreiungen teilnahm, die Forderungen der einzelnen gewerkschaftlichen Organisationen würden eine Mehrbelastung des Reichsatzes um 14 Milliarden bedeuten. Außerdem würden die Gehaltszunahme des Deutschen Beamtenbundes 16–18 Milliarden jährlich erfordern. Weder für die eine noch für die andere Forderung sei Geduld vorhanden.

Reichsverkehrsminister Gröner sprach über die Verhältnisse bei den Reichsverkehrsbeamten und erklärte infolge der großen Betriebsausgaben werde sich das Defizit für 1921 nicht in so engen Grenzen bewegen, wie man im Etat angenommen habe. Man habe im Reichsverkehrsministerium bereits an eine neue Tarifhöhung gedacht, die sich wohl kaum vermehrt umgehen lassen.

Reichspostminister Giesberts erklärte, die Post habe einen ungedeckten Gehaltsposten von über 2 Milliarden. Es sei eine Erhöhung aller Post-, Fernsprech- und Telegrammbücher im Verhältnis von 1:10 notwendig. Ein Brief werde täglich

1 Mark kosten.

Die Befreiungswahl der Regierung, welche eine Erhöhung der einzelnen Teuerungsabzüge in den verschiedenen Ortsklassen um 15 Prozent vornehmen, würden von sämtlichen Vertretern der Beamten und Arbeiter als ungerecht bezeichnet. Man einzige sich schließlich auf einen Kompromißvorschlag,

welcher Julagen um 20 Prozent vorsieht. Den in Ortsklasse E eingelassen Beamten soll außerdem ein annäherndes Ausgleich paßiert werden.

Als Kinderzulagen sollen in Ortsklasse A 200 Prozent, in den Ortsklassen B und C 175 Prozent und in den Ortsklassen D und E 150 Prozent gesahlt werden.

Für die Diäten wurde zugestellt, daß sie in den beiden ersten Jahren 90 Prozent des planmäßigen Beamteneinkommens, im dritten und vierten Jahre 95 Prozent und vom fünften Jahre ab das volle Beamteneinkommen erhalten sollen.

Den Arbeitern wurde eine Aufhebung des Stundenlohns um 85 Prozent zugestellt. Die Auszahlung der neuen Gehälter und Löhne soll bereits am 1. September erfolgen, da die Regierung dem Reichsrat unterzüglich eine entsprechende Vorlage überreicht wird.

Die Sicherungen der Regierungen wurde von den Organisationsvertretern jedoch nicht ohne weiteres angenommen, da von der Forderung einer Mindestgarantie nicht abgesehen. Nach zwölftägiger Behandlung wurde die Konferenz abgeschlossen. Heute mittag trifft der groÙe Ausdruck noch einmal mit den Reformministern zusammen.

Die bisherigen Zugeständnisse würden den Reichshaushalt mit 8 Milliarden belasten.

Aus Nah und Fern.

Lichtenstein-Caldenberg, 24. August 1921.

— Tarifverhandlungen. Die ersten Verhandlungen waren des geforderten Lohntarifs für die Textilarbeiter Chemnitz finden im Laufe dieser Woche statt. In der Ründigung mit eingetragen ist auch der bisherige Lohntarif für die bislangen Handwerker (Heimarbeiter). Beantragt worden ist für dieselben eine Entlastung für das sogenannte Spulen, das bisher unentgeltlich geleistet werden mußte. Auch sollen die Löhne der Einhänger, Knüpfen und sonstiger Arbeiten, für die nur Heimarbeiterinnen in Frage kommen, erhöht werden.

— Das Missions-Dörfle der Betrogenen. Nach der Postlichen Zeitung läßt man die Summe aller Einnahmen, die bei den Weltkonzernen gemacht worden sind, auf dreihundert Millionen Mark. In einer Versammlung der Gläubiger des Röhrkonzerns, die in Berlin stattfand, wurde sogar gesagt, daß die Gesamtverluste für ganz Deutschland durch die Sportfirma rund 500 Millionen Mark betrügen.

— Die Staatskasse für bedürftige Kleinrentner. Der läufende Staat hat für 5 Millionen Mark zur Unterstützung unverschuldet in Not geratener Kleinrentner bewilligt. Für die Art der Durchführung dieser Hilfsmaßnahme ist nunmehr von der Regierung unter Mitarbeit des Vorstandes des Vereins der Klein- und Mittelunternehmer Sachsen beschlossen worden, daß die vom Landtag bewilligten Millionen Mark an alle Kleinrentner verteilt werden, die die sächsische Staatszugehörigkeit haben und seit dem 1. März 1920 ihren Wohnsitz in Sachsen haben, die über 60 Jahre alt (Männer) bzw. über 50 Jahre alt (Frauen) oder erwerbsunfähig oder dauernd am Erwerb zum Lebensunterhalt behindert sind und ein Einkommen von jährlich 2500 Mark, bei Ehepartnern bis 4000 Mark haben. Die Amtshauptmannschaften werden entstehende Fragebogen in Umlauf stellen; die Verteilung soll möglichst schon im Oktober geschehen.

— Staatliche Vermietung von Kraftfahrzeugen auf längere Zeit. Die Kraftverkehrsgeellschaft Freistaat Sachsen vermietet seit längerer Zeit Kraftfahrzeuge ohne Fahrer auf längere Zeit (ca. auf Jahre). Der Gesetzgeber ist der, daß sich Behörden, Geldräte, Industrielle, Landwirte in deren Betrieb die Verwendung eines Kraftfahrzeugs nützbringend erscheint, einen solchen nicht selbst anstrengen, sondern ihn bei der Kraftverkehrsgeellschaft mieten. Die Bedingungen für die Vermietung sind im wesentlichen folgende: Der Mieter zahlt läufig einen festen Preis von 20.000 Mark, von diesen sind 10.000 Mark für Instandhaltung angesetzt. Wird dieser Beitrag nicht erreicht, so werden bis zu 5000 Mark am Jahresabschluß wieder herausgezahlt. Das Guimmie erwirbt der Mieter läufig. Wird das Vertragsverhältnis gelöst, so bleibt er Eigentum des Mieters, doch ist die Gesellschaft bereit, ihn zurückzuverwerben. Ein Betriebsstoff bezieht der Mieter von der Gesellschaft zu deren Großhandelspreisen. Ist der Fahrer, den der Mieter stellt, mit dem geliehenen Wagen nicht vertraut, so wird er kostenlos angelernt. Ist der Fahrer durch Krankheit verhindert, so stellt die Gesellschaft gegen Verlustung einen Ersatzmann. Wird der Wagen instandsetzungsbefürchtet, so stellt die Gesellschaft umgehend kostenlos einen Erkauftwagen zur Verfügung.

— Mr. (25.000 Mark gehoben). Dem Herrenleibergeschäfts-inhaber Burkhart in der Schneeburger Straße hier wurden Ende vorigen Monats während er und seine Frau im Laden beschäftigt waren, aus einer in der Schaltstube stehenden Safe 25.000 bis 26.000 Mark gestohlen. Der Dieb konnte nicht, da die Wohnung verschlossen war, nur mittels Radialschlüssel oder Tiefdrifts-Zutritt zur Wohnung verschafft haben. Der Verdacht der Täterschaft ist auf den 30 Jahre alten Kaufmann Paul R. von hier gefallen, der oft bei dem Betrieb verehrt hat. R. wurde deshalb verhaftet. In der Gefangenissen miedte R. einen Selbstmordversuch, indem er sich die Pulsader aufschlitte. Er mußte infolgedessen dem Arzt überreichen werden.

— Alberoda. (Im Bett erstickt.) Am 18. d. M. bezog sich die Haustochter A. hier nach Lößnitz, um für ihr 6 Monate altes Kind, das fränkisch war, Tee zu kochen. Da sie das

in einem Kinderchor schlafende Kind allein in der Wohnung lassen mußte, hatte sie, damit das Kind nicht herausfallen könnte, eine zusammengerollte Decke überhalb des Kopfes des Kindes in den Korb gelegt. Als die Mutter nach etwa 1½ Stunde zurückkehrte, war das Kind tot. Die Decke war etwas heruntergerollt und hatte den Oberkörper des Kindes vollständig zugedeckt, lobte es erstellt war.

— Oberwitz. (Rittersturz.) Montag früh nach 4 Uhr ist in die Kirche der Michaelistirke eingedrungen. In die Kirche selbst sind die Räuber nicht vorgedrungen, sie haben vielmehr bei ihrer Arbeit gefördert worden zu sein und haben unter Zurückstellung des größten Teils der Beute in der Richtung Alberoda Althenn das Weite gesucht. Der erlittene Schaden ist nicht weisbar.

— Dresden. (Die Welltonerne.) Eine Dresdner Welltonerne befand, daß der verhaftete Gründer des verfrühten Zirkuslongens, Bachmann, ein früherer Siegeltäger ist; er betrieb sein Geschäft in der Wohnung eines Kaufmanns Breitenreiter. Täglich, von früh bis abends, brachten ihm Hunderte ihr Geld. Während dieser Zeit lebten Bachmann und sein Mitbeteiligter auf großem Fuße. Sie hatten sich zwei elegante große Autos zugelassen, machten tollpatale Fahrten und ihre Gattinnen gingen brillantengeschmückt in kostbarem Kostüm.

— Langenbecksdorf. (Vom einem Betrüger schwer geschädigt.) wurde der Mühlenthaler Rahnes. Nach einer telefonischen Aussprache erschien bei ihm ein Unbekannter, der angab, beauftragt zu sein, für eine von ihm sogenannte Großhandelsfirma in Lebensmittel in einem Ort weit im Osten Weißrussland für das Zweigeschäft in Jiddau und Werden in großen Mengen einzuführen. Vor der Ausführung der Lieferung erkundigte sich Herr Rahnes in handelsüblicher Weise bei seinem Bruder, der in Jiddau wohnt, nach der Zahlungsfähigkeit der Firma. Am 16. August erschien plötzlich ein Kraftfahrzeug in dem Wohlgrundstück zur Abholung des Weißrussland. Es wurden dem Beauftragten des Augens ohne Angabe 30 Zentner Weiß in 20 Säcken ausgeschüttet. Jetzt, nachdem die Zahlung für die Lieferung verlangt wurde, hat sich herausgestellt, daß Rahnes einem Schwinder in die Hände gefallen ist, der ihm einen Schaden von etwa 12.000 Mark zugefügt hat. — Der Schwinder ist als ein in Jiddau wohnhafter Buchhalter von der Gendarmerie ermittelt worden, der von einem ganz fremden Fernverkaufshaus aus mit dem Betrüger gekommen ist. Der Betrüger soll in Schneberg, wo er vermutlich das Weiß gebracht worden ist, festgenommen werden kann.

— Leipzig. (Todessturz eines Knaben von einem Ballon.) Von einem Küchenballon im 1. Stock eines der sogenannten Neuerlichen Häuser in der Rabetzstraße in L.-Kleinmachnow ist am 21. August, vormittags, ein sechsjähriger Knabe auf das Fenster hinabgestürzt. An der hierbei erlittenen Schädelverletzung ist er bereits auf dem Transport nach dem Krankenhaus gestorben.

— Überbergwerk. (Blitzschlag.) Bei dem Gewitter am Montag schlug der Blitz dreimal in die Gebäude der Firma Hücker, Maas & Rappau. Der erste Blitze traf den Fabrikationsstein, die zwei anderen Einschläge erfolgten in die elektrische Leitung des Wohnhauses. In allen drei Fällen wurde zum Glück nur geringer Sachschaden durch Zerstörung von Leitungen und Sicherungen angerichtet.

— Bautzen. (Automobilunfall.) Auf der Straße von Schleiz nach Unter-Rosau, unweit Wiesendorf, verlor der Arzt Dr. Beierlein aus Tanna, der von einem Kronleuchter hingefallen, die Gewalt über die Steuerung seines Automobils. Er und seine Gattin wurden durst auf die Straße geschleudert, daß die Frau bestimmtlos liegen blieb, während der Arzt eine schwere Verstauchung davontrug. Das Automobil verbrannte vollständig.

Aus den Nachbarländern.

— Weimar. (Der Bilderdiebstahl im Weimarer Landesmuseum.) ist überwältig aufgelöst. Die seit einiger Zeit in Haft befindlichen Kaufmann Roth und Schlosser Schumann haben gestanden, den Bilderausbruch begangen zu haben. Unter den Bildern befand sich das Selbstbildnis Rembrandts, das eine Million Mark Wert hat. Die Täter wollen die Bilder an einer bestimmten Stelle versteckt haben. Die Polizei ist bemüht, die Stelle ausfindig zu machen.

Die Neuregelung des Sozialabzuges.

Für die Unklarheit neuer Steuergesetz ist die geglückte Neuregelung der gesamten Steuerabzüge über den Steuerabzug vom Arbeitslohn ein typisches Beispiel. Der ursprüngliche Plan einer selbständigen Lohnsteuer wurde fallen gelassen und eine Hinnehmbarkeit der neuen Vorschriften in das Einkommensteuergesetz selbst vorgenommen. Und zwar sind die neuen Bestimmungen im Reichsgesetzblatt als „Bereinfachte“ Besteuerung des Arbeitslohns veröffentlicht mit der Maßgabe, daß einschließlich des Artikels 3 des neuen Gesetzes in Kraft tritt. Alle übrigen Bestimmungen haben dementsprechend für den Steuerpflichtigen nur den Wert einer Meldung. Um diese Lücke abzuhüllen, brachte das Finanzministerium zwei Gesetze heraus, die die Unklarheit beseitigen sollten, sie jedoch nur vermehrt haben.

Nach der bestehenden Rechtslage sind nunmehr außer den bisherigen Bestimmungen über die abzugestellten Beträge der Erlöse über die Einbeziehung der Überstundenlöhne in den Steuerabzug, und der Artikel 3 des neuen Gesetzes über die Berücksichtigung erhöhter Werbungskosten in der Zeit vom 1. August bis 31. Oktober 1921 maßgebend. Da aus diesen drei Rechtsquellen eine endgültige Klarheit hinsichtlich der praktischen Berechnung des Steuerabzuges nicht hervorgeht, so bleibt dem Arbeitgeber nichts weiter übrig, als zur Vermeidung von Unregelmäßigkeiten sich auf den denkbarsten Teil des neuen Gesetzes, das erst am 1. 1. 1922 in Kraft treten soll, selbst in Kraft zu setzen, der für die Berechnung des Steuerabzuges bei Stundenlohnne Ermäßigungssätze für den Arbeitnehmer, dessen Frau und Kinder vorstellt. Um eine möglichst einfache Berechnung zu erleichtern, empfiehlt sich außerdem, schon jetzt die neue im Gesetz vorgesehene Berechnungsmethode anzuwenden und alle Ermäßigungen auf einen gemeinsamen „Generalnenn“ zu bringen. Man wird daher grundsätzlich vom vollen Lohn oder Gehalt zunächst den 10 prozentigen Abzug berechnen und von diesem dann die vorgesehenen Ermäßigungen abziehen. Für diese Berechnung gibt eine folgende übersichtlich zusammengefaßte Tabelle einen genauen Anhalt:

Demnach betragen die Ermäßigungen:

	für den Steuerpflichtigen M.	für seine Chefin M.	für jedes Kind M.	für Werbungshöhe M.
bei Stundenlohn (für jede angelegte oder volle Stunde)	0.10	0.10	0.15	0.40
bei Tagelohn	0.40			

Es würden also von 1300 Mk. Monatsgehalt eines verheirateten Angestellten mit einem Kinder 10 Prozent 130 Mk. zu berechnen. Davon würden abgezogen für Mann und Frau je 10 Mk. für das Kind 15 Mk. und für erhöhte Werbungskosten 35 Mk. so daß der Steuerabzug 60 Mk. beträgt.

In ähnlicher Weise würden von 320 Mk. Wochenlohn eines verheirateten Arbeiters mit 3 Kindern 10 Prozent = 32 Mk. vermindert um 4,80 Mk. für Mann und Frau, 10,80 Mk. für 3 Kinder und 8,40 für erhöhte Werbungskosten = 8 Mk. Steuerabzug einzubehalten sein.

Genau so wird man bei Stundenlohn vorgehen, so daß von 36 Mk. Lohn eines ledigen Arbeiters für 6 Stunden 10 Prozent = 3,60 Mk. berechnet und davon 0,30 Mk. für den Arbeitnehmer und 1,20 Mk. als Werbungskosten abgezogen werden was einen Steuerabzug von 2,10 Mk. ergibt.

Gegenüber den vielfachen ungenauen und unrichtigen Bestimmungen kann nicht genügend hervorgehoben werden, daß alle übrigen Bestimmungen noch keine Gesetzeskraft haben. Das gilt besonders in Bezug auf den für den Familienstand des Arbeitnehmers vorgesehene Termin, für die Abrundung des errechneten Steuerertrags, für den Steuerabzug bei Akkordarbeit und für erhöhte Berücksichtigung von Werbungskosten bei Anträgen des Steuerpflichtigen an das Finanzamt.

Bei den Werbungskosten ist daran zu erinnern, daß dieser Begriff ebenfalls zu Abwehrungen führen kann. Beamte, Angestellte und Arbeiter haben keine eigentlichen Werbungskosten im üblichen Sinn, sondern neben diesen sind im § 13 des Einkommensteuergesetzes die Fahrtkosten, Versicherungs- und Gewerkehaftbeiträge sowie Beiträge an gemeinnützige Vereine vom Einkommen bis zu 24000 Mk. eine besondere Veranlagung in allgemeinen nicht erfolgen soll, so muß die gegen Vereinfachung der Einkommensteuer vom Arbeitslohn darin bestehen, daß ein Pauschalbetrag schon beim Steuerabzug abgezogen wird, der unter den zweideutigen Namen "Werbungskosten" bezeichnet ist. Die Berücksichtigung dieser Werbungskosten schließt natürlich das bisherige Verfahren aus, daß nämlich die Beiträge zur Angestellten- und Krankenversicherung vorweg im Abzug gebracht wurden. Das ist nach den neuen Bestimmungen nicht mehr zulässig.

Die Steuer der Hausangestellten.

Werbungskosten und Lohnabzug.

Das neue Lohnsteuergesetz will vorwiegendlich am 1. Januar 1922 in Kraft; den Vorschriften des Artikels III, die den Steuerabzug vom Arbeitslohn regeln, ist aber rückwirkende Kraft vom 1. April 1921 ob belegt werden. Soll stornöslich verbleiben es, jeweils der Lohn bereits gezahlt ist, bei den in der Zeit vom 1. April bis 31. Juli vorgenommenen Abzügen, eine Umrechnung auf Grund der neuen Bestimmungen erfolgt also nicht. Bei Lohnempfängern ist für die Zeit vom 1. August bis 31. Oktober eine Erhöhung der Steuer um 35 Mk. je Monat vorgesehen. Dieser Abzug umfaßt die Werbungskosten. Zu ihnen gehören u. a. auch die Beiträge für die Kranken-, Unfall-, Hostipial-, Angestellten-, Invaliden- und andere Versicherungen. Alle diese Aufwendungen finden ihre Abgeltung durch den monatlichen Abzug von 35 Mk. Diese Werbungskosten müssen auch einer Hausangestellten gewährt werden, ebenso wie sie jedem anderen Angestellten zustehen.

Die Hausangestellten werden in ihrer Mehrzahl für die Überbrückungszeit durch diesen Abzug völlig befreit bleiben. Wir wollen die Berechnung an einigen Beispielen erläutern:

Berlohn Naturleistungen	150.— 300. 175.— 300. 225.— 300. 100.— 300. 225.— 300.
Steuerfrei	
davon 10 von H. als Steuer	22,50 Mk. hieron ab als Werbungskosten
	35.— 300. — 300.
Berlohn Naturleistungen	200.— 300. 210.— 300. 240.— 300. 100.— 300. 210.— 300.
Steuerfrei	
davon als Steuer 10 von H.	31.— 300. hieron ab als Werbungskosten
	35.— 300. — 300.

Mancher Arbeitgeber wird sich beim Engagement einer Hausangestellten verpflichtet haben, für sie die Steuern zu zahlen, d. h. neben dem vereinbarten Gehalt die Steuer von 15 oder 20 Mk. je Monat auf seine Tasche zu übernehmen. Man wird es verstehen und als gerechtfertigt ansehen können, wenn der Arbeitgeber jetzt, nachdem für das Mädchen keine Steuer zu zahlen ist, den Lohnbetrag wieder auf den Grundbezug reduziert, ebenso wie er ohne weiteres, sofern er die Versicherungsbeiträge in voller Höhe übernommen hat, berechtigt wäre, sie in Wegfall kommen zu lassen, wenn die Angestellte aus einer dieser Versicherungen ausscheiden würde.

Vom 1. November 1921 ab ändert sich die Berechnung: die Werbungskosten reduzieren sich auf 15 Mk. für den Monat. Bei einem Berlohn von 200 Mk. würde dann die Berechnung wie folgt vorzunehmen sein:

Berlohn Naturleistungen	200.— 300. 210.— 300. 240.— 300. 100.— 300. 210.— 300.
Steuerfrei	
davon 10 von H. als Steuer	31.— 300. ab für Werbungskosten
	35.— 300. mithin einzubehalten
	16.— 300.

Der Abzug von 35 Mk. für die Monate August, September, Oktober erklärt sich wie folgt: Dem Artikel III ist rückwirkende Kraft von April 1921 belegt worden. Der Monatsatz an Werbungskosten von 15 Mk. hat aber für die Monate April bis Juli keine Berücksichtigung finden können. Diese $4 \times 15 = 60$ Mk. müssen also irgendwo ausgeglichen werden, und zwar bis Ende Oktober. Es muß also für die Monate August, September, Oktober eine Erhöhung der 15 Mk. um 20 Mk. eintreten. So ist der Soh von 35 Mk. entstanden.

Vermischtes.

Die Berliner Mächenmorde. Wie bereits berichtet, wurde der 58 Jahre Schlächter, liegende Händler Karl Grohmann aus der Langen Straße in Berlin bestohlen, kurz nachdem er ein Mädchen ermordet hatte, das die beschäftigungslosen aus Dresden stammenden frühere Schneiderin Marie Nitsche erkannt wurde. Die Mordkommission fand bei der Durchsuchung der Wohnung Schuhe, Bluse und Unterhose verschiedener weiblicher Personen. Die Kleidungsstücke waren zum Teil mit Blut besetzt. In dem Kochen, der sich in der Küche befand, wurden auch Aschenreste verbrannter Knochen gefunden. Das alles ließ darauf schließen, daß die Nitsche nicht das einzige Opfer dieses Menschen ist. Man stellte fest, daß sich Grohmann in der Gegend des Schlesischen Bahnhofs unberührt und auf Frauen hingab, denen es auffiel, daß sie Not litten. An diese machte er sich, wie er auch selbst zugibt, heran und versprach ihnen alles mögliche. Selbst an kleine Kinder hat sich der Unhold herangemacht und ihnen Schokolade, Schuhe oder andere Kleidungsstücke angeboten, um sie seinem Willen gefügig zu machen. Alles dieses gibt Grohmann, ein unscheinbarer, häßlicher Mensch, auch zu, nur will er alles mit der Absicht geben haben, ihnen eine Freude zu bereiten. Den Nord an der Nitsche will er aber nur in Affekt begangen haben. Nach seiner Darstellung soll sie sich freiwillig von ihm haben feststellen lassen. Als er dann bemerkte, daß sie in einem Strumpf knüpfendes Papier habe, setzte er aufgesprungene und habe festgestellt, daß ihm 300 Mark fehlten. Er habe ihr das Geld darauf wieder abgenommen. In der Wut habe er sie dann mit einem Instrument, das ihm gerade zur Hand war, einer Kelbe keule, einige Schläge über den Kopf gegeben. Diese Darstellung ist aber unglaublich und durch den Tatbestand widerlegt. Die Beschuldigung, daß er der Täter der übrigen unsäglichen Frauenmorde ist, weist er mit Entschließung zurück. Im Laufe des Montag sind nun schon eine große Anzahl Zeugen vernommen worden. Ein Zeuge sagt aus, daß Grohmann ihm vor einiger Zeit erzählt habe, daß er in einem Krankenhaus Leichenblauer gewesen sei und selbst Leichen geschnitten habe, ebenso künstlerisch wie ein Arzt. Grohmann will dem Zeugen mit dem Leichendienst nur etwas vorgespielt haben, um sich interessant zu machen. Eine Zeugin bestätigt, sie sei mit bei ihm in die Wohnung gegangen. Dort habe er sie gesetzt und plötzlich gewürgt. Im letzten Augenblick sei eine Freundin hinzugekommen. Grohmann sagt, er habe nur Scherz machen wollen. Wiederholte haben Hausbewohner Hilfsliefer aus der Grohmannschen Wohnung erlösen hören. Im Ofen will Grohmann verdorbenen Kaninchenspeck verbraten haben, daher der unangenehme Geruch, der den Hausbewohnern gelegentlich auftritt. Eine ganze Anzahl der spurlos verschwundenen Frauen ist früher bei Grohmann gesehen worden. Er gibt die Tatsache auch zu, will aber nicht wissen, wo sie hingekommen sind. Es besteht der Verdacht, daß Grohmann alle diese Frauen umgedreht, zum Teil verbraunt, zum Teil in einzelne Teile geschnitten und fortgeschafft und möglicherweise auch verscharrt hat.

Im Tunnel ausgeraubt. Die Attentate auf den französischen Eisenbahnen nehmen, wie aus Paris gedreht wird, überhand. Noch ist der zweite Täter des Raubes im Wiesbaden-Pariser Schnellzug nicht entdeckt, und schon wird wieder ein Raub gemeldet. Diesmal wurde auf der Strecke Menlagon-Moulins eine Dame beim Durchfahren eines Tunnels mit vorgehaltenem Revolver zur Hergabe ihres Geldes und ihrer Juwelen gezwungen. Der Räuber benutzte die verlangsamte Fahrt des Zuges beim Verlassen des Tunnels, um abzuspringen und zu entkommen.

Eingesandt.

Ein schöner Schmuck unserer Stadt, um den manch andere uns beneidet, sind die im Ortsteile Galenberg an den Straßen angeplanten Regel-Azaleen. Wer aber gegenwärtig diese Bäume sieht, ist mit Recht über ihr Aussehen entrüstet. Es ist doch wirklich ein Jekken der Roheit, wie die Jugend unserer Stadt — oft sogar die Schulen — die schönen Bäume zerstört, passieren selbst vor den Augen der Erwachsenen!

Die Allgemeinheit erachtet es daher für dringende Notwendigkeit, daß unsere Schuleute dem Nebelstand abhelfen. Alle Eltern, Erziehungspflichtigen und Erwachsenen, aber keinen Biedurch gebeten, mitzuwollen, daß die Bürger unserer Stadt nicht mehr unter der Verführungswut Einzelner zu leben hat.

Ein Bürger der Stadt.

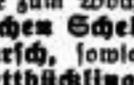
Rathennachrichten für Lichtenstein-Gallenberg.

Wittwoch 8 Uhr Bibelpredigt über Phil. 1. Vers 21 „Was heißt das: Christus ist mein Leben?“ Freitag 8 Uhr Bibelkreis für Junglings- und Jungfrauenverein, Matth. 5. Vers 6. 28. August Missionstag. Schmücken der Kirche erwünscht! Baptisten-Gemeinde (Friedenskapelle). Heute Wittwoch abends 8 Uhr Versammlung.

Wiegfestkunde mit drastischer Beratung für J-O Donnerstag, den 25. Aug. pünktlich von 1/2-3-1/2 im Gallenberger Rathaus. Das Wohlfahrtsamt.



Donnerstag
Schlachtfest
bei Arno Frickel,
Hattensteiner Straße.



Donnerstag
Schlachtfest
bei Heinrich Schwäbisch,
Mühlgraben 9.

Zahn-Atelier Koyer
L.-C., Markt 21, 1. Etage
Woche tags zu zweit 10,-

Das Journal
Artikel gegen die
Bauernwirtschafts-Blatt bemerkt, die
sollte Herrn Krey
immer die Zahl
der Kohlenfrage
habe vorausgeplänet,
industrie Deutschland
man mehr verlangen
den geistigen Leis-
tungen das Budgetproblem

Jedermann

Frieden eingeholt.
Jedoch Ohne viele
für alle möglichen
in weitreichender
nehmungen. Auf
nanzlegend gelöst,
lung zu erklären,
Wohlstand wünsche
gebaut. Die Industrie
mit großem Erfolg
unternommene Ra-
da zu angeben sei,
ernstlich bemühen v.

Stricker u. Strickerinnen

werden noch 8er Zugesmaschinen auf Röper,
Sacquard und glatte Ware ausgegeben.

Zu ersparen

Hauptstraße 3 bei Frau Emma Rünß.

Mehrere

jüngere Mädchen

für Hand- u. Maschinennarbeit in gutbezahlte, dauernde
Stellung gesucht.

Handelsbüro Wilh. Baumann, Obersrohna i. Sa.

Inserieren bringt Gewinn!

Suche der sofort einen
fertigen, zuverlässigen

Geschirrführer,
der auch die Landwirt-
schaft versteht.
Emil Brödner,
Mühlenwerke,
Mülzen St. Michael.

Eigenfinnige
Standardarbeiterin

wird angenommen.
Paul Sommer.

Bon kleinerer Wirtschaft
wird zum sofortigen Antritt
unter Zusicherung allerbeste
Behandlung und Familiens-
anschluß ein ehrliches, ord-
nungsliebendes u. kräftiges

Mädchen

im Alter von 16—18 Jahren
für häusliche und wirtschaft-
liche Arbeiten bei guter Rösi
in dauernde, gutbezahlte
Stellung gesucht.

Albin Krause,
Restaurant „Zur Schmiede“
Hermsdorf 28 bei Zwönitz.

Reueiliche
Polster-Möbel

Sofas, gediegene Sessel
Klubsessel } in Hobelholz
Klubsessel } Mahagoni etc.
Matratzen, edles Mo-
Große Auswahl
bekannt solide Arbeiten aus
eigener Werkstatt.

Köbelius Seiden,
Delitzsch, Ann. Stoffb. Str. 1.

Gill. Stuhlemöbel 1×33
zur Herstellung
empfohlen Chem. Fabrik,
Michaelerstraße. Säcke mit
bringen. Ausgabe bis
4 Uhr nachmittags.

Donnerstag, 25. Aug. abends 8 Uhr

Kirchenkonzert

anlässlich der Orgelerneuerung in der
St. Laurentiuskirche.

Kompos. von Haydn, Bach, Schnberg, Lachner,
Irrgang, Rheinberger etc. für Baritonolo,
Frauenchor, Streichinstrumente und Orgel.

Eintrittspreise zu 5, 1 u. 2 Mk. im Vorverkauf
in den Buchhandlungen der Herren Doerrfeldt
u. Berthold. Programme sind dort zu haben.

Herren- und Damen-Fahrräder

auf günstige und braume Teilzahlung liefert ab Fabrik
nach allen Orten Sachsen

H. Prete, Mittweida, Burgstädtler Straße Nr. 21.

Reelles Angebot!

Alle modernen
und klassischen

Musikalien

sowie Schulen u. Albums
für Klavier u. alle anderen

Instrumente

berieben Sie am besten durch
Eugen Berthold.

Achtung!

Empfehlung zum Wochenmarkt

bürgt: Kartoffeln, frische

Gurken, Tomaten, Rote-

und Weißkraut, Bieren,
Käse, Blumen, hoch-

wertige Büchlinge u. v. m.

Alwin Sterold,

Fernsprecher 375.